

Kommunale Daseinsvorsorge statt Kriegswirtschaft!

Wenn Krankenhäuser schließen, Schwimmbäder nicht mehr öffnen und Kitas, wenn überhaupt, immer öfter nur Halbtagsbetreuung anbieten, dann herrscht in den Kommunen Not. Die Kommunen in Deutschland haben 2024 ein Rekorddefizit von 24.300 Mio. € erreicht. Gegenüber 2023 stieg das Defizit um 18.200 Mio. €.

Ursachen hierfür sollen der Gewerbesteuerückgang und die vom Bund beschlossene Ausweitung von sozialen Leistungen, ohne den Kommunen die dazu nötigen Gelder bereitzustellen, sein.

Finanznot selbst verschuldet

Der Rückgang der Gewerbesteuer z.B. in Stuttgart von 1635 Mio. € in 2023, auf 1310 Mio. € in 2024 und in 2025 auf 850 Mio. € ist nicht zu leugnen. Vordergründig sind es die niedrigeren Umsätze im Automobilbereich und im Export. Dies ist aber Ausdruck der tieferliegenden Dynamik. So führte der Versuch „Russland zu ruinieren“ (Ex-Außenministerin Baerbock) mit den verhängten Sanktionspaketen und der Kappung des Zugangs zu russischem Erdgas zu einer nachhaltigen Schädigung der BRD-Wirtschaft. Nach einer Berechnung der Hans-Böckler-Stiftung verlor Deutschland infolge des Ukrainekriegs jährlich fünf Prozent seines Bruttoinlandsprodukts. Das wären pro Kopf 2600 Euro jährlich. Allein der Bund hat für die militärische und zivile Unterstützung der Ukraine in drei Jahren rund 72 Milliarden ausgegeben. Ein Drittel davon würde reichen, um die Finanznot der Kommunen zu beheben. Viel Geld, das den Krieg und das Leiden in der Ukraine aber nur verlängert hat.

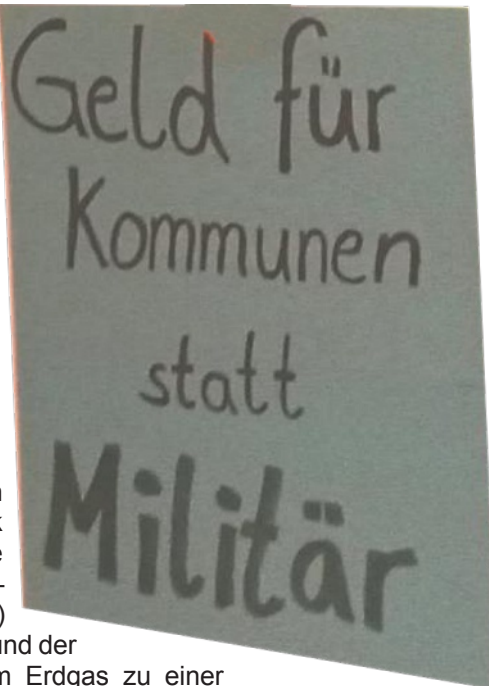
What ever it takes

Generell werden in den Beratungen für die Haushaltskonsolidierung die wahren Gründe für die sich verschlechternden Bedingungen ausgeblendet. Während die

Kommunen verarmen, besitzen - wie der DGB richtig feststellt - die 3300 Superreichen 23% des Vermögens in der BRD. Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer wäre das Mindeste! Und die angebliche Bedrohung durch Russland, das der NATO (auch ohne die USA) trotz aller Behauptungen immer noch militärisch unterlegen ist, wird für eine beispiellose Aufrüstungswelle genutzt. „Wir brauchen mehr Rüstungsgüter und wir brauchen sie schneller.“, Katharina Reiche (CDU), Bundesministerin für Wirtschaft und Energie. Und Bundeskanzler Merz ist bereit, dafür „What ever it takes“ auszugeben. Das lässt die Profiteure von Rüstungskonzernen wie Rheinmetall in die Höhe schnellen, reißt aber gewaltige Löcher in die Finanzierung unserer Daseinsvorsorge. Durch die Steigerung des Militärhaushaltes auf jetzt

2% vom Bruttoinlandsprodukt (etwa 18% des Bundeshaushalts) und die Ausweitung auf 5% (etwa 45% des Bundeshaushalts), können die den Gemeinden und Städten von Bund und Land auferlegten Aufgaben nicht finanziert werden. Die Herrschenden wollen „Kanonen statt Butter“.

Jeder Kampf für die Verteidigung der kommunalen Daseinsvorsorge ist deshalb auch ein Kampf gegen Kriegstüchtigkeit und Kriegswirtschaft!



KOMMUNEN



AM LIMIT

KUNDGEBUNG & DEMO - SAMSTAG, 08.11.2025

DEMOKRATIE AM ABGRUND

Es geht um unsere Lebensbedingungen, unsere Demokratie. Es geht um unsere Zukunft!

Kundgebung & Demo:

Samstag, 8. November, 12 Uhr,
Lautenschlagerstraße Stuttgart
Bündnis **Kommunen am Limit**
<https://www.kommunen-am-limit.de>

Sparen für die Kriegswirtschaft?

Um einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen, kommen Gemeinderäte wie in Stuttgart auf kleinteilige Einsparungen. Eine Übernachtungssteuer in der Hotellerie oder eine Erhöhung der Gebühren fürs Anwohnerparken und bei der Hundesteuer werden das Finanzdefizit in Stuttgart in Höhe von 487,2 Millionen € für 2026 bestimmt nicht beseitigen. Da ergeben sich durch einen Einstellstopp beim Personal und durch die Halbierung der Stuttgartzulage von 75 € monatlich schon andere Beträge. Allerdings treffen Sie nicht nur die kommunal Beschäftigten, sondern uns Alle. Eine Erhöhung der KITA-Gebühren um über 150% und die Änderungen bei der Ganztagsbetreuung treffen Eltern und Kinder.

Bereits heute können wir uns keine Kriegstüchtigkeit leisten.



DKP

Deutsche Kommunistische Partei

V.i.S.d.P.: DKP Stuttgart

Böblinger Str. 105, 70199 Stuttgart

Kontakt zur DKP-
Kreisorganisation Stuttgart:
mail@dkp-stuttgart.org